

# Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Umweltpolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell*  
*Die Woche im Bundestag*

19.06.2020

## **Zukunft Europa**

In ihrer [Regierungserklärung](#) zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Wichtigkeit Europas für Deutschland heraus. Europa soll gestärkt werden, so das Ziel der Bundesregierung für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Halbjahr.

Die Kanzlerin bezeichnete die Folgen der Pandemie als „größte Herausforderung in der Geschichte Europas“. Wie sie bewältigt werde, entscheide über den Wohlstand der Bürger und über Europas Rolle in der Welt. Deshalb sei es auch für die Bundesregierung eine immense [Herausforderung](#), mitten in der Pandemie die EU-Ratspräsidentschaft zu übernehmen. Man müsse die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Krise bewältigen, gleichzeitig aber auch Europa widerstandsfähiger und zukunftsfähiger machen. Das gelte nicht minder für zwei weitere große Umbrüche: den Klimawandel und die Digitalisierung.

Auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt zog die Lehre aus der Corona-Krise, dass Europa „auf eigenen Beinen stehen“, seine Abhängigkeiten reduzieren müsse. Europa müsse den Willen haben, „aktiver Spieler“ auf der Welt zu sein und „nicht Spielball zwischen den Machtzentren“. Damit Europa souverän werde, brauche man eine „Agenda für den Aufbruch“.

Um diesen Aufbruch zu gestalten und aus der Krise zu kommen, will die [EU](#) in Verbindung mit ihrem siebenjährigen [Haushaltsplan](#) einen [Wiederaufbaufonds](#) auflegen, aus dem die von der Corona-Pandemie am stärksten betroffenen Mitgliedsländer unterstützt werden. Dieser Fonds sei „ein dringendes Gebot der Stunde“, sagte die Kanzlerin. Nur

so könne man verhindern, dass Europa auseinanderdrifte. Denn wenn sich dauerhaft ein Spalt durch Europa ziehe, stärke das die antidemokratischen Kräfte, die nur auf ökonomische Krisen warteten, um sie politisch zu missbrauchen.

Der [Fonds](#) soll nach einem Vorschlag von Deutschland und Frankreich 500 Milliarden Euro umfassen, die die EU-Kommission als Anleihen am Geldmarkt aufnehmen müsste. Merkel betonte, es handle sich bei diesem Fonds um eine Ausnahme in einer Krisensituation. Die Zuschüsse seien zielgerichtet und zeitlich begrenzt. Sie sollten für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit ausgegeben werden solle.

„Wir werden darauf achten, dass das Geld angemessen und richtig ausgegeben wird“, unterstrich CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus. Er erinnerte auch daran, dass die Schulden zurückgezahlt werden müssen und nicht auf kommende Generationen verlagert werden dürften. Im Sinne des europäischen Friedensprojekts seien die Ausgaben aber geboten: „All diese Kosten sind billiger als eine Sekunde Auseinandersetzung oder Krieg.“ Deutschland solle die Ratspräsidentschaft nicht nur nutzen, um die Corona-Krise zu überwinden, sondern um das europäische Projekt weiterzuentwickeln: „Es ist für uns eine Überlebensfrage.“

Für den Bundestag forderte der Fraktionschef das Recht ein, am europäischen Projekt mitzuwirken. „Wir sind nicht nur Botschafter der Beschlüsse, sondern wir sind Bestandteil des Gestaltungsprozesses“, betonte er.

## Wirtschaft im sanften Aufschwung

Ökonomen halten vom Sommer an einen sachten Aufschwung für möglich. Doch alle Prognosen könnten schnell Makulatur werden. Tatsächlich kommt das Land aus Sicht mehrerer Institute noch relativ glimpflich durch die schwere Corona-Rezession. Doch ob die Bürger auch künftig ruhig schlafen können, hängt vor allem davon ab, ob die Pandemie noch einmal aufblüht. „Die deutsche Wirtschaft wurde von der Pandemie schwer getroffen“, stellte das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) am Dienstag fest. „Allerdings ist der Einbruch nicht so tief wie in den großen Nachbarländern im Euroraum, wo die Zahl der Erkrankungen und Sterbefälle relativ zur Bevölkerung höher liegt.“ Die Konjunkturerwartungen deutscher Finanzexperten haben sich im Juni bereits den dritten Monat in Folge verbessert. Die positiven Erwartungen stehen aber unter dem Vorbehalt, dass es keinen starken Wiederanstieg der Corona-Erkrankungen im Herbst gibt. Die Schleifspuren der Corona-Pandemie haben die einzelnen Wirtschaftsbereiche höchst unterschiedlich beeinflusst. Großveranstaltungen und Tourismus seien erheblich geschrumpft, auch persönliche Dienstleistungen und Einzelhandel. Am wenigsten betroffen sind Dienstleistungen etwa im Finanzbereich, die zum Großteil ohne direkten Kundenkontakt abgewickelt werden können, schreibt das IWH. „Manche Branchen wie der Online-Handel profitieren sogar von der Krise.“ (dpa)

## Bekämpfung von Hass

Der Bundestag hat ein Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität besonders im Internet verabschiedet. Die Regelung wurde gegen die Stimmen der AfD und der Linken bei Enthaltung von FDP und Grünen verabschiedet. Sie soll eine bessere Strafverfolgung ermöglichen und gegen die Verrohung der Kommunikation vorgehen. Das Gesetz verpflichtet Anbieter Sozialer Netzwerke, bestimmte strafbare Inhalte an das Bundeskriminalamt zu melden, bei denen es konkrete Anhaltspunkte für die Erfüllung eines Straftatbestandes gibt. Ferner sollen kinderpornografische Inhalte besser erfasst werden. Als rechtswidrig gilt künftig auch die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Dies ist eine Reaktion auf die Erfahrungen nach der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019. Der Straftatenkatalog wird um die „Androhung einer gefährlichen Körperverletzung“ sowie die Billigung noch nicht erfolgter Straftaten erweitert. Öffentliche Beleidigungen sollen im Höchstmaß mit zwei Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden können. Der Tatbestand der üblen Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens soll auch für Taten gegen Personen bis hin zur kommunalen Ebene gelten. Bei der Strafzumessung sollen antisemitische Motive eines Täters besonders berücksichtigt werden. (KNA)

## Reform des Wohnungseigentumsrechts

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat dem Vorstoß des SPD-geführten Justizministeriums eine klare Absage erteilt, das neue Wohnungseigentumsrecht im Hauruck-Verfahren noch schnell vor der Sommerpause zu verabschieden. Die Reform des Gesetzes ist grundlegend - sorgfältige Beratung muss daher vor Schnelligkeit gehen. Hierzu erklärt der rechts- und verbraucherpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Dr. Jan-Marco Luczak: „Es geht um eine grundlegende Reform, die Wohnungseigentümergeinschaften handlungsfähiger machen und den vorhandenen Modernisierungsstau auflösen soll. Das darf aber nicht dazu führen, dass Eigentümerrechte entwertet werden. Das werden wir als Union nicht zulassen. Deswegen haben wir verhindert, dass das SPD-Justizministerium das Gesetz noch schnell vor der Sommerpause in einem Hauruck-Verfahren durchpeitscht. Uns ist wichtig, dass die Rechte der Millionen von Wohnungseigentümern in Deutschland gewahrt bleiben und diese auch künftig bei der Wohnungsverwaltung den Hut aufbehalten. Im Innenverhältnis sollen Verwalter daher nur Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung selbständig regeln können, die nicht zu erheblichen Verpflichtungen der Wohnungseigentümer führen. Im Außenverhältnis wollen wir entgegen dem Entwurf des Justizministeriums Grundstücks- und Kreditgeschäfte zu Lasten der Wohnungseigentümer ausschließen. Die Union ist Garant dafür, dass über teure und bedeutsame Angelegenheiten auch künftig die Wohnungseigentümer selbst entscheiden. Entscheidend ist für uns, dass mit der Reform der Modernisierungsstau in Wohnungseigentümergeinschaften aufgelöst wird, denn wir wollen Barrierefreiheit, Klima- und Einbruchschutz voranbringen. Beschlussfassungen über solche baulichen Maßnahmen müssen daher leichter werden, ohne aber wirtschaftlich schwächer aufgestellte Eigentümer zu überfordern. Die vielen schwierigen Fragen der Kostentragung bei Modernisierungsmaßnahmen und der Stellung des Verwalters müssen sorgfältig beraten und nicht übereilt beschlossen werden.“ (dpa)

## Corona-App

Laden Sie die [Corona-Warn-App](#) herunter – so wie ich es schon getan habe. Die App hilft dabei, Infektionsketten besser zu erkennen und Kontakte einer infizierten Person schnell zu informieren. Helfen Sie mit, die Ausbreitung des Coronavirus weiter einzudämmen. Und: Bleiben Sie gesund!

## Zitat

„Wir verkaufen unser Tafelsilber nicht.“ (Wirtschaftsminister Peter Altmaier zu Sorgen, dass ausländische Investoren europäische Unternehmen zu günstigen Preisen aufkaufen könnten.)